

# Totaler Stromausfall in Deutschland: Vorbereitungen für Ernstfall



Die Bundesregierung trifft Vorbereitungen für einen totalen, flächendeckenden Stromausfall in Deutschland. Das ergibt sich aus dem Haushaltsplan des Bundesinnenministeriums. Die Behörde stockt Mittel des „Technischen Hilfswerks“ (THW) und des „Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK) auf, um auf einen „großen Blackout“, wie der Totalausfall der gesamten deutschen Stromversorgung genannt wird, reagieren zu können.

Als mögliche Ursachen eines „großen Blackouts“ werden vom BMI Cyber-Attacken, Terror-Angriffe und Sabotage genannt. Der Ausstieg aus der Energiegewinnung aus Kernkraft und Kohle gehört nicht zu den offiziellen Gründen, wird aber vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als potentieller Auslöser eines umfassenden Wegfalls der Elektrizitätsversorgung ins Spiel gebracht:

„Ohne ausreichende Netzkapazitäten drohen zu Spitzenlastzeiten Blackouts. Wer die verhindern will, muss Kraftwerke, die eigentlich abgeschaltet werden sollten, länger laufen lassen.“

Das THW erhält 33,5 Millionen Euro für die Anschaffung von 670 Notstromaggregaten mit einer Kapazität von je 50 kVA. Damit sollen Zentralstellen der Infrastruktur wie beispielsweise Krankenhäuser während des Blackouts betriebsbereit gehalten

werden.

Das Internet gehört nicht dazu. Dessen Ausfall wird „ein Problem“ sein, sagt THW-Chef Albrecht Broemme.

„Das THW ist für den ‚großen Blackout‘ besser vorbereitet als die Bevölkerung“, zitiert die „Bild“-Zeitung den 66-Jährigen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 35,6 Millionen Euro für den Ausbau einer „Konzeption Zivile Verteidigung“. Die Behörde soll eine kleine Personengruppe handlungsfähig halten.



Dazu heißt es beim BMI: „Das Konzept dient der autarken Unterbringung und Versorgung von bis zu 5000 Personen.“

Christoph Unger, 61, sagt gegenüber „Bild“:

„Großflächige langanhaltende Stromausfälle sind ein plausibles Szenario und müssen im Rahmen der Notfallplanungen und der präventiv zu ergreifenden Maßnahmen berücksichtigt werden.“  
(mr)